wirrung und Unterdrückung der werktätigen Massen ihren Dienst versagen.

Die sozialdemokratischen Führer haben sich ihre Sporen im Kampfe gegen den „Kulturbolschewismus" schon lange verdient, in jenem Kampf, der in nichts anderem besteht, als in der Verteidigung der kapitalistischen Barbarei, in der Erhaltung und Vergrößerung des Elends der breiten Massen und in der Sicherung der ideologischen Knechtschaft der werktätigen Massen durch die Bourgeoisie und der in ihrem Dienste stehenden Kirchen. Wie auf ökonomischem und politischem Gebiete, so haben die SPD.-Führer auch auf kulturpolitischem Gebiet die Grundsätze des Marxismus längst verraten und für fette Ministerpfründen verkauft. Der programmatischen Feststellung August Bebels, daß sich „Christentum und Sozialismus wie Feuer und Wasser gegenüber stehen", haben sie durch folgendes Programm ersetzt:

„Wenn die Sozialdemokratie für alle öffentlichen Einrichtungen auf dem Gebiete der Kultur den Grundsatz der Weltlichkeit aufstellt, so nimmt sie damit nicht Stellung gegen die Religion." . . . „Man kann ein frommgläubiger Christ, ein strenggläubiger Katholik und doch ein vortrefflicher Sozialdemokrat sein."

(Aus der offiziellen Programmbroschüre des SPD.-Parteivorstandes zum Heidelberger Programm.)

Entsprechend dieser programmatischen Einstellung sieht auch die ganze Praxis der SPD. aus. Es war Herr Zörgiebel, der durch seine Polizei aus der Ausstellung der Isa zwei Kirchenfenster beschlagnahmen ließ, auf denen George Grosz die Kriegshetze der Pfaffen gebrandmarkt hatte. Und es war Herr Grzesinski, der die Belange der Pfaffen schützte, als er vor wenigen Monaten die Kulturausstellung der Gottlosen im roten Wedding Berlins kurzerhand verbot.

Der sichtbarste Ausdruck des sozialdemokratischen Kulturfaschismus ist jedoch die Unterstützung und Durchführung der Diktaturverordnung der Brüningregierung gegen die werktätigen Massen und die Konkordatspolitik der SPD. in Preußen. Die faschistische Diktaturverordnung vom 28. März wurde nicht nur von der SPD. begeistert begrüßt, sondern von Herrn Severing nach dessen eigenem Geständnis mit vorbereitet. Diese Diktaturverordnung richtet sich gleichermaßen gegen den ökonomischen, politischen und kulturellen Kampf der werktätigen Massen. Unter Paragraph 1 heißt es ausdrücklich, daß alle Versammlungen, Kundgebungen, Ausstellungen, Propagandafahrten, Zeitungen, Flugblätter und Plakate verboten werden sollen, wenn zu „befürchten" oder „anzunehmen" sei, daß „eine Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden oder daß in „sonstiger Weise" die öffentliche Ordnung oder Sicherheit gefährdet wird.

Besondere Blüten der sozialdemokratischen Kulturreaktion sind das preußische Konkordat mit dem Papste, das von dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun abgeschlossen und von der SPD. im Landtag angenommen wurde, sowie das Konkordat mit der evangelischen Kirche, das in diesen Tagen zum Leipziger Parteitag noch rechtzeitig fertiggestellt und bereits von der Generalsynode angenommen wurde. Durch diese Konkordate werden den Kirchen ihre mittelalterlichen Rechte garantiert, die öffentliche Erziehung ausgeliefert und der Staatsapparat noch mehr als bisher in den Dienst der Kirchen gestellt. Die Konkordate sind äußerst wichtige Werkzeuge der Kulturreaktion, besonders auch im Kampf gegen die werktätigen Massen. So wurde auf der Generalsynode der evangelischen Kirchen am 22. April, vor der der Vertrag mit dem Preußischen Staate, d. h. den Beauftragten der Sozialdemokratie, ganz offen von dem ehemaligen Reichskanzler Michaelis erklärt: „Der Vertrag bietet uns einen Rückhalt im Kampf gegen den Bolschewismus".

Sind diese Worte nicht genug Beweis dafür, daß die Politik der SPD. eines der wichtigsten Glieder der faschistischen Politik der Bourgeoisie ist? Wie in allen Kämpfen der werktätigen Massen gegen die kapitalistische Barbarei steht auch in dieser Bewegung die sozialdemokratische Führerschaft auf seiten der Bourgeoisie und der Kirchen. Welche Stellung nimmt z. B. die SPD.-Presse zur Volksbewegung gegen den Paragraphen 218 ein? Sie beschimpft die Führer dieser Bewegung, verteidigt offen die Denunzianten, die die Kämpfer gegen den Mordparagraphen den Klauen der Staatsanwaltschaft ausliefern wollen und verleumdet den tapferen Kampf des Genossen Wolf und der Frau Dr. Kienle als „demagogische Mätzchen". Doch nicht genug damit. Die SPD.-Führer setzen sich ganz offen für die Durchführung dieses Mordparagraphen ein. Schrieb doch der Führer der preußischen Landtagsfraktion der SPD., der bekannte 60 000-Mark-Heilmann, in dem Diskussionsorgan des SPD.-Parteivorstandes:

„Wir sind Gegner des § 218 in seiner jetzigen starren (!) Form, die allerdings nicht so starr ist als wie man im Lande vielfach annimmt, sondern verständigen und gewissenhaften Aerzten einigermaßen freien Spielraum läßt. Aber trotz unserer Gegnerschaft gegen irgendeine Gesetzesbestimmung müssen wir daran festhalten, daß die Gesetze, die bestehen, durchgeführt werden."

Die Bourgeoisie kann zufrieden sein. So reiht sich eine Schandtat der SPD.-Führer an die andere.

Am 31. Mai wird die sozialdemokratische Bürokratie sich auf ihrem Parteitag in Leipzig versammeln, um neue Waffen zum Kampf gegen die Arbeiterschaft zu schmieden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen schon jetzt, daß dieser Parteitag im Zeichen der Billigung der faschistischen Politik der Wels, Severing und Heilmann stehen wird. Unter der Maske des „Kampfes gegen den Faschismus", den sie selbst schrittweise den Weg geebnet haben und dessen Politik sie mit der Unterstützung der Brüningregierung, mit der Unterstützung der Unternehmeroffensive auf allen Gebieten und der Unterstützung der Kulturreaktion durchführen, werden die SPD.-Führer der Bourgeoisie aufs neue versichern, daß die Interessen und die Verteidigung der kapitalistischen „Kultur" gegen den „Kulturbolschewismus" der werktätigen Massen am besten **von ihnen vertreten und durchgeführt werden.**

Nazi-Göhring kniet vor dem Papst

Geheimverhandlungen der Nazipartei mit Brüning / Neue Provokationen

Nachdem erst vor wenigen Wochen der deutsche Reichsinnenminister Wirth vor dem Papst seinen Kniefall getan hat, wurde, wie jetzt bekannt wird, mit Hilfe der deutschen Gesandtschaft auch der Vertrauensmann Hitlers, der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Göhring beim Papst eingeführt. Göhring soll im Auftrag der Parteileitung dem Papst das Versprechen abgegeben haben, den Interessen der Kirche nicht entgegenwerbeiten und auf antipäpstliche Agitationsflaskeln zu verzichten und eine Fühlungnahme mit dem Zentrum zu ermöglichen. (!)

Diese aus zuverlässiger Quelle stammende Meldung spricht eine deutliche Sprache. Der Reichskanzler Brüning ist Vertreter des Zentrums — Herr Wirth, sein Innenminister, geht zum Papst, kurz Zeit darauf erscheint mit Hilfe der offiziellen staatlichen Botschaft der Vertrauensmann Hitlers vor dem Papst und verhandelt . . . Das ist der „Wall gegen den Faschismus", den die SPD aufrichten half und den sie jetzt schamlos auf ihrem Parteitag den Arbeitern als den Weg zur Rettung propagieren will.

Der Papst fügt Hitlers und Brünings Hände zusammen, und die SPD stützt und deckt Brüning.

Die SPD-Arbeiter, die Arbeitereltern, die die SPD aufforderten, am kommenden Sonntag ihre „weltlichen" Listen als Kampfansage gegen die Kirchenreaktion zu wählen, werden daraus die richtigen Schlüsse ziehen können. Der von der SPD gestützte und geduldete Zentrumskanzler Brüning ist der Einpeitscher des faschistischen Kurses, sein Bündnis mit Hitler wird durch die finsterste Macht, die Kirchenreaktion besiegelt. — All diesen Kräften des Klassenfeindes gilt der Kampf der Kommunisten, unter deren Führung die proletarischen Freidenker die Liste „Proletarischer Schulkampf" den offenen und versteckten Schrittmachern des Pfaffentums an den Volksschulen entgegenstellen. Durch ihre Wahl wird dem Hitler-Brüning-Papst-Bunde eine erste Antwort erteilt.

•

„Berlin am Morgen" bringt im Zusammenhang mit der Göhring-Papst-Unterredung eine alarmierende Enthüllung. Danach hat Göhring bereits mit Brüning Unterhandlungen gepflogen. Brüning forderte dabei Verzicht auch auf einen Scheinkampf gegen die Notverordnungen und Unterstützung der Zentrumsbestrebungen auf Schaffung eines Reichsschulgesetzes. Als Gegengeschäft werde von Brüning

das Verbot der KPD in Aussicht

gestellt, außerdem wurde die Auflösung des Preußischen Landtages und die Umbildung der Regierung im Herbst in Aussicht gestellt. Die weiteren Verhandlungen sollen nach den Ostsaxburger Wahlen fortgesetzt werden.

Ueberdies soll Frick bereits wieder in Thüringen vor der Erschleichung des Innenministeriums stehen. Die Verhandlungen zwischen Volksparteil, Landbund und Nazis seien bereits eingeleitet.

•

Das Legalitätsdiktat Hitlers hat Goebbels bereits zur neuten Unterwerfung gezwungen. Nachdem Hitler in Nochschworen hatte, daß die früheren „literarischen Aeußerungen" Goebbels bedeutungslos seien, hat der Vasall sich beeilt, in einer Erklärung zu versichern, daß er aus seiner Broschüre „Der Nazi-Sozi" den Satz „Wir machen Revolution" in der neuen Auflage bereits gestrichen und die alte Auflage eingestampft habe.

•

Eine neue Nazipraovokation ereignete sich in Kassel. Hier überfielen Stahlhelmer an der Stadtgrenze mehrere Arbeiter, die von einer Versammlung nach Hause gingen. Straßenpassanten und Bewohner eilten daraufhin den angegriffenen Arbeitern zu Hilfe und schlugen die Stahlhelmer zurück. Ein Stahlhelmer wurde dabei getötet, einer schwer verletzt. Verhaftungen konnten nicht vorgenommen werden.

•

Die KPD-Fraktion im Sächsischen Landtag hat folgenden Antrag eingebracht:

Die „Volksstimme", Chemnitz, veröffentlicht in ihrer Nummer vom 8. Mai 1931 eine Liste von Polizei-Offizieren der Chemnitzer Polizei, die Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei sein sollen. Des weiteren stellt dieselbe Zeitung fest, daß an eingeschriebene Mitglieder der SA der NSDAP Essen fluchtweise aus der Kaserne am Zeisigwald abgegeben worden sind. Der dafür verantwortliche Küchenoffizier ist Oberleutnant Baier. Wir beantragen deshalb: der Landtag wolle beschließen: 1. strengste Untersuchung der Vorgänge in der Polizeikaserne am Zeisigwald; 2. fristlose Entlassung des beteiligten verantwortlichen Polizeioffiziers und eventuell weiterer Personen, die davon gewußt haben; 3. die faschistisch organisierten Polizei-Offiziere, Polizei-Oberstleutnant Höfer, Major Fritz, Major Mosig, Hauptmann Claus, Hauptmann Treplow, Oberleutnant Heymann, Oberleutnant Claus, Oberleutnant v. Busche, die nach Angabe der Volksstimme Mitglieder der NSDAP sind, ebenfalls fristlos zu entlassen.

Renner
und die übrigen Mitglieder der komm. Landtagsfraktion.

Und ihr, Arbeiterinnen und Arbeiter in der SPD.! Wollt ihr diesen Weg der Verteidigung der kapitalistischen Barbarei, die euch genau so zugrunde richtet wie eure kommunistischen Klassengenossen, noch weiter mitgehen? Wollt ihr eure eigenen Feinde und Unterdrücker im Kampf gegen euch selbst unterstützen?

Sozialdemokratische Arbeiter und Arbeiterinnen, antwortet auf die faschistische Politik eurer Führer mit der Schaffung der Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern zum Kampf gegen Kapitalismus und Faschismus, mit dem Kampf gegen die kapitalistische Barbarei und für den sozialistischen Aufstieg!

Schieck-Diktatur gegen Mieter!

Auf der Jahrestagung der deutschen Geschäfts- und Industriehausbesitzer erklärte sich der sächsische Innenminister Dr. Weber für einen schnelleren **Abbau der Zwangswirtschaft**, als ihn die Verordnung vom 1. Dezember 1930 vorsehe und für Steuererleichterungen an die großen Hausbesitzer. Die **Mieterfeindlichkeit der Schieck-Diktatur** wird dadurch erneut unterstrichen.

Rauchgasbomben gegen Streikende in Schweden

Stockholm, 14. Mai

In Sollefteå (Provinz Norrland, Schweden) streiken die Arbeiter **des großen Sägewerkes.** Es wurden **Streikbrecher** eingesetzt und zu ihrem Schutze **Militär aufgeboten.** Als die Streikenden dagegen demonstrierten und sich gegen die Streikbrecher wandten, ging das **Militär mit Rauchgasbomben** vor. Die Empörung der Massen **war** ungeheuer. Die ganze werktätige Bevölkerung stellte sich auf die Seite der Streikenden. Es erfolgten **schwere Zusammenstöße** mit den Truppen. **Vier Arbeiter wurden getötet, darunter eine Frau,** und zahlreiche verletzt. Auch das **Militär hat größere Verluste** zu verzeichnen, doch werden diese geheim gehalten.

Der Jenaer Attentäter. Ein arbeitsloser Schriftsetzer, Karl Dannbauer, 18 Jahre alt, gebürtiger Tiroler, das sind die Personalien des Attentäters gegen den Kassenprofessor Günther. Vor der Polizei gab er an, daß er von einem tiefen Haß gegen das herrschenden Systems. Die Polizei meint daher, daß es sich um Eltern zur Last falle.

25 Prozent aller Bürgermeister SPD. Nach dem Jahrbuch der SPD sind 25 Prozent aller Bürgermeister in Deutschland Sozialdemokraten, die den „Gemeindesozialismus" in Form von Regiebetrieben, Abbau der Wohlfahrtsunterstützung usw. durchführen. 143 Reichstagsabgeordnete, 519 Landtagsabgeordnete, 4573 Kreistagsabgeordnete, 445 Provinziallandtagsabgeordnete, dazu noch 8974 Stadt- und 38 692 Gemeindevertreter. So haben einige Tausend den „Sozialismus" für sich erobert, wie sie ihn auffassen.

Kommunistenverfolgungen in der Oberlausitz

Der Appell der Staatsanwaltschaft an die Nichtgesinnungsfreunde in der Oberlausitz hat bereits „Erfolge" gezeitigt. In der Hoffnung auf Belohnung sind zahlreiche Kommunisten oder als revolutionär bekannte Arbeiter der Polizei denunziert worden, die bisher 6 Arbeiter in Bautzen und je einen in Löbau und Großdubrau verhaftet hat. Weitere Verhaftungen sind geplant.

Zur Ergreifung der Täter des Limbacher Zwischenfalls, der einem Rot-Kreuz-Mann das Leben kostete, hat der Staat zwar eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt. Die Nachbarstaaten brauchten sich nur auf die Nazibelegschaft der Jahnbude zu beschränken, wenn, ja, wenn man diesen Vorfall nicht gerade den Kommunisten in die Schuhe schieben wollte!

Leipzig, den 12. Mai.

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts fällte am Mittwoch wieder eines seiner aufreizenden Klassenurteile. Der Arbeiter **Walter Fischer wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 1 Jahr 3 Monaten Festung verurteilt.** Fischer hatte im November vergangenen Jahres in einer Versammlung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition gesprochen und zum Eintritt in den Kommunistischen Jugendverband aufgefordert. Es dem in der Versammlung anwesenden Spitzel wird behauptet, daß Fischer auch gesagt haben soll: „Nehmt die Knarre in die Hand und geht auf die Barrikaden." Auf diese Aussage hin fällte das Reichsgericht obenerwähntes Urteil.

Zweibrücken, den 12. Mai.

Am Montag wurde hier im „dritten Bombenlegerprozeß" gegen kommunistische Arbeiter das Urteil gefällt. Der Genosse **Heinrich Schreiber**, der die Funktion eines 3. Bürgermeisters in Pirmasens bekleidete, wurde ohne stichhaltige Beweise zu der **ungeheuerlichen Strafe von 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis** verurteilt.

SPD-Baade verhindert Einfuhr billigen Sowjetroggens

Berlin, den 13. Mai. (Eig. Bericht.)

Im Roggenuntersuchungsausschuß des Reichstages wurde die **Skandalserie des Sozialdemokraten Baade** noch erweitert. Der kommunistische Abgeordnete **Putz** war in der Lage, der Regierung und dem Sozialdemokraten Baade ein **neues Verbrechen gegen die deutschen Konsumentenmassen** nachzuweisen. Er teilte mit, daß die Regierung vor einigen Wochen 30 000 Tonnen Roggen von dem holländischen Konzern Kampfmeyer zum **Preise von 88 Mark pro Tonne** gekauft hatte. Derselbe Roggen war aber der deutschen Regierung von der Sowjetregierung zu **58 Mark pro Tonne** angeboten worden.

Die deutsche Regierung aber lehnte den Kauf aus der russischen Hand direkt ab und **erhöhte den Roggenzoll, um die Einfuhr des russischen Roggens zu verhindern.** Jetzt kaufte die Regierung und der Sozialdemokrat Baade denselben zu einem Preise, der **22 Mark pro Tonne höher liegt,** und verschaffte somit der holländischen Firma einen Sonderprofit. Sie gab zugleich auch den deutschen Händlern die Möglichkeit, die Preise im Lande hochzuschrauben.

Das sind die Methoden, die die Regierung und der sozialdemokratische Reichskommissar Baade anwenden, um mit allen Mitteln die Roggen- und Brotpreise in Deutschland in die Höhe zu treiben.

Rückgang des Bierkonsums!

Eine Folge der wahnwitzigen Steuerpolitik

Nach der letzten Biersteuererhöhung erwartete die Reichsregierung insgesamt 550 Millionen Mark Steuerertrag. In Wirklichkeit hat sie im Rechnungsjahr 1930 nur 475,2 Millionen Mark eingebracht. Bei einer Steuererhöhung von 18 Prozent beträgt die Mehreinnahme nur 14,8 Prozent. Dieser Steuerausfall hat seine Ursache in dem **Absatzrückgang.** Dieser betrug nur bis März 1931 gegenüber 1930 im Gesamtdurchschnitt 20 Prozent. In Berlin 25,6, in Köln 30,1, in Würzburg sogar [illegible] Prozent.

Der 2. Mann bleibt weg, der 1. Mann geht weg

Der Bericht des Parteivorstandes auf dem Reichsparteitag wird wieder mit bombastischen Zahlen des Mitgliederzuganges jonglieren. Schon jetzt veröffentlicht die SPD-Presse die Mitgliederzahlen für 1930. Sie verkündet triumphierend, daß die erste Million überschritten sei und daß die Partei in einem Jahre 100 000 Mitglieder gewonnen habe.

Ein näherer Blick jedoch auf die Zahlen des Jahresberichts der SPD zeigt, wie unberechtigt irgendwelcher Triumph der SPD-Presse ist. 1 037 000 Mitglieder haben im Jahre 1930 38 Millionen Beitragsmarken geklebt. Das bedeutet, daß im ganzen Jahre nicht eine Million, sondern nur 750 000 Mitglieder Beiträge gezahlt haben. Wenn 300 000 Mitglieder der Partei keine Beiträge zahlen, dann ist die Mitgliederzahl von einer Million nichts als eine große Lüge, um eine große Mitgliederstärke und ein großes Wachstum vorzutäuschen.

Im Bezirk Ostsachsen der SPD ist im ersten Vierteljahr 1931 unter der Parole „Wo bleibt der zweite Mann?" die Mitgliederzahl um 3 Prozent gestiegen. Unter Berücksichtigung, daß gerade der Bezirk Ostsachsen am wenigsten die Entrichtung von Parteibeiträgen fordert, so bedeutet diese lächerliche Mitgliederzunahme in einem „linken" Parteibezirk offensichtlich einen Rückgang der Mitgliederzahl. Und dieser Rückgang findet statt in einer Periode, in der die ganze Partei im Zeichen der Werbung steht und in der es täglich den Parteimitgliedern ins Ohr geschrien wird: „Wo bleibt der zweite Mann?" Es ist offensichtlich und kein noch so bombastischer Bericht auf dem Parteitag kann darüber hinwegtäuschen: Die Parole „Wo bleibt der zweite Mann?" ist verpufft.

(Entnommen der interessanten, beweiskräftigen und sehr lehrreichen Broschüre **„Spaltung oder Einheit", die die KPD-Bezirksleitung Sachsen jetzt herausgegeben hat.** Jeder muß sie lesen und weitergeben. **Preis 10 Pfennig.**)